

Geschäftszahlen:

BKA: 2026-0.259.201

BMWKMS: 2026-0.258.883

BMEIA: 2026-0.223.481

**46/8**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### **Humanitäre Krisen im Nahen Osten, in Afghanistan und Nachbarländern und Afrika; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)**

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der angespannten Situation im Nahen Osten, in Afghanistan und Nachbarländern und in Afrika die humanitären Anstrengungen österreichischer Nichtregierungsorganisationen vor Ort.

Angesichts der Kriegshandlungen im Iran, auf der arabischen Halbinsel und im gesamten Nahen Osten, die die ohnehin fragile globale Stabilität in einem dramatischen Ausmaß zusätzlich gefährden, ist ein umfassendes Paket an humanitären Hilfsmaßnahmen in den am stärksten betroffenen Krisenregionen dringend notwendig. Zudem sehen sich die Hilfsorganisationen selbst in den größten humanitären Katastrophengebieten mit finanziellen Engpässen konfrontiert, die rasches Handeln und kein weiteres Zuwarten erfordern.

#### 1. Libanon

Die humanitäre Situation der Menschen im Libanon ist äußerst prekär. Die Ausweitung des militärischen Konflikts im Iran und der Region auf das Land hat die humanitäre Notlage der zivilen Bevölkerung verschärft und führt zu einem starken Anstieg der intern Vertriebenen. Der Libanon befand sich aber schon davor in einer tiefen humanitären Krise, aufgrund des Flüchtlingszustrom aus dem Nachbarland während des Syrienkonflikts und der seit 2021 herrschenden schweren Wirtschafts- und Finanzkrise.

Ein Großteil der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze und wird durch die weltweite Ernährungskrise hart getroffen. Bei einer Einwohnerzahl von rund 5,8 Millionen hat der

Libanon während des Krieges in Syrien laut Angaben von UNHCR rund 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Derzeit befinden sich rund 1 Million syrische Flüchtlinge im Libanon. Damit ist der Libanon gemessen an seiner Bevölkerung weltweit das größte Aufnahmeland für Flüchtlinge, was eine weitere enorme Belastung für die gesamte Infrastruktur darstellt. Die Unterstützung und Verbesserung der Bedingungen vor Ort ist dabei auch von großer Bedeutung, um den Migrationsdruck in Richtung Europa möglichst gering zu halten.

Derzeit sind im Libanon laut Angaben von UNOCHA mindestens 3 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, ein Drittel davon sind Kinder. Allem voran fehlt es an Nahrungsmitteln, Zugang zu sauberem Trinkwasser und angemessenen Sanitäranlagen sowie Bildungsmöglichkeiten. Von dieser angespannten humanitären Notsituation sind insbesondere Frauen und Mädchen betroffen.

## 2. Syrien

Nach dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 und damit einhergehender erster Anzeichen der Stabilisierung entschieden sich zahlreiche Syrerinnen und Syrer dazu, in ihre Heimat zurückzukehren: Laut UNHCR sind mittlerweile von ehemals 4,8 Millionen Flüchtlingen in der Region und 7,4 Millionen Binnenvertriebenen im Land über 3 Millionen Menschen ihre Heimat zurückgekehrt. Die Fluchtbewegungen in die Nachbarländer haben abgenommen. Auch aus Österreich sind bereits mehr als 900 Syrerinnen und Syrer freiwillig in ihre Heimat zurückgekehrt. Doch die humanitäre Lage bleibt in weiten Teilen Syriens weiterhin angespannt. Um die freiwillige Rückkehr von syrischen Staatsangehörigen weiter zu fördern sowie Abschiebungen all jener, die kein Aufenthaltsrecht haben, konsequent fortzuführen, ist auch die fortgesetzte Unterstützung und Verbesserung der Bedingungen vor Ort von immenser Bedeutung.

Laut Europäischer Kommission benötigen rund 16,5 Millionen Menschen (etwa 70 % der Bevölkerung) in Syrien weiterhin humanitäre Unterstützung, darunter laut UNICEF über 7 Millionen Kinder. Die Armutsrate ist hoch. Die Infrastruktur liegt nach jahrelangen Kriegshandlungen und nach den verheerenden Erdbeben im Februar 2023 immer noch weitgehend in Trümmern. Wiederaufbauprojekte und internationale Hilfsmaßnahmen laufen, dennoch bleibt der Zugang zu kritischer medizinischer Erstversorgung, Wasser, Grundnahrungsmitteln und Bildung insbesondere für vulnerable Gruppen stark beeinträchtigt. Trotz Verbesserungen in einigen Regionen ist internationale Unterstützung daher weiterhin notwendig und essentiell, auch um den Druck auf die hilfsbedürftigen Menschen zu verringern, ihre Heimat wieder zu verlassen.

### 3. Jordanien

Der wirtschaftliche, politische, soziale und demographische Druck in Jordanien aufgrund der direkten Nachbarschaft zu Syrien ist weiterhin hoch. Obwohl mehr als 170.000 syrische Flüchtlinge im vergangenen Jahr in ihre Heimat zurückkehrten, suchen weiterhin 404.000 durch UNHCR registrierte Flüchtlinge aus Syrien Schutz in Jordanien. Zusammen mit weiteren 3,1 Millionen Flüchtlingen, darunter 2 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser, ist dies für das ressourcenarme Land mit einer Einwohnerzahl von 11,5 Millionen eine große Belastung für seine Infrastruktur.

Auch fünfzehn Jahre nach Beginn des Syrienkonflikts hat sich die humanitäre Situation der syrischen Flüchtlinge in Jordanien nicht verbessert. Der Großteil der Syrerinnen und Syrer in Jordanien leben unterhalb der Armutsgrenze und kämpfen ums Überleben. Insbesondere fehlt es an Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. So wie im Libanon benötigt auch die hilfsbedürftige aufnehmende Bevölkerung in Jordanien Unterstützung, nicht zuletzt um die Solidarität mit den Flüchtlingen aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig ist die Unterstützung und Verbesserung der Bedingungen vor Ort eine wesentliche Voraussetzung dafür, Migrationsbewegungen in Richtung Europa hintanzuhalten.

### 4. Afghanistan und Nachbarländer

Afghanistan steht weiterhin vor erheblichen humanitären Herausforderungen: Aufgrund von andauernden bewaffneten Konflikten, wiederkehrenden Naturkatastrophen wie Dürren und Erdbeben sowie der weit verbreiteten Armut bleibt die Notlage der afghanischen Zivilbevölkerung nach wie vor prekär. Durch die bewaffneten Auseinandersetzungen mit Pakistan im Lichte der Bekämpfung terroristischer Gruppierungen wird die humanitäre Notlage der afghanischen Zivilbevölkerung weiter verschärft.

Laut Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sind derzeit 22 Millionen Menschen, ca. 50 Prozent der Bevölkerung, auf humanitäre Unterstützung angewiesen, darunter 11,6 Millionen Kinder. Rund 17,4 Millionen Menschen leiden unter akuter Ernährungsunsicherheit. Seit der Machtübernahme durch die Taliban haben sich die Bedingungen für Frauen und Mädchen drastisch verschlechtert, insbesondere auch in den Bereichen Bildung und gesellschaftliche Teilhabe.

Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) sind etwa 3,2 Millionen Menschen innerhalb Afghanistans vertrieben, während rund 5,8

Millionen ins Ausland geflohen sind. Von den 2025 aus Pakistan und dem Iran nach Afghanistan zurückgekehrten Flüchtlingen benötigen nach Angaben des Amts der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) 2,9 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe.

Angesichts dieser großen Herausforderungen gibt es internationale Bemühungen, die humanitäre Hilfe vor Ort zu stärken und langfristige Lösungen zu fördern, die auch Fluchtursachen entgegenwirken. Eine wirksame humanitäre Hilfe vor Ort und eine Versorgung der Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimat ist dafür essentiell.

## 5. Äthiopien

Das unter den Folgen einer jahrelangen Dürre leidende Land wird durch zusätzliche Katastrophen wie schwerwiegende, regelmäßige Überschwemmungen vor weitere große Herausforderungen gestellt. Laut UNOCHA sind über 21,4 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, zum überwiegenden Teil Kinder. 10,2 Millionen Menschen haben akuten Nahrungsmittelbedarf oder gelten laut Welternährungsprogramm (WFP) bereits als chronisch unterernährt.

Besonders die Provinzen Tigray, Amhara und Oromia werden von bewaffneten Konflikten heimgesucht. Die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen beträgt rund 1,9 Millionen Menschen. Darüber hinaus beherbergt das Land gemäß UNHCR mehr als 1 Million Flüchtlinge aus dem Sudan, Südsudan, Somalia, und Eritrea, was eine weitere Belastung für die fragile kritische Infrastruktur des Landes und die überstrapazierte Grundversorgung für die eigene Bevölkerung bewirkt. Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

## 6. Mosambik

Mosambik zählt zu den am stärksten von Naturkatastrophen betroffenen Staaten weltweit. Extreme Dürren und tropische Zyklone mit schweren Überschwemmungen tragen zu Ernteaussfällen, wetterbedingter Vertreibung der Bevölkerung sowie schweren Schäden an lebensnotwendiger Infrastruktur bei, unter anderem im Bereich der medizinischen Grundversorgung. Die Resilienz des Landes wird durch jahrelang andauernde und immer wiederkehrende terroristische Auseinandersetzungen noch schwerer in Mitleidenschaft gezogen. Ca. 600.000 Menschen sind laut UNOCHA in Mosambik intern vertrieben.

Aufgrund besonders schwerer und anhaltender Regenfälle im Dezember und Jänner kam es zu großflächigen Überschwemmungen im südlichen Afrika, wobei Mosambik besonders

stark betroffen war. In Süd- und Zentralmosambik wurden rd. 170.000 Wohnhäuser teilweise oder vollständig zerstört. Die Flutkatastrophe hat erhebliche Schäden an kritischer Infrastruktur und an landwirtschaftlichen Anbauflächen ausgelöst. Bereits vor dieser Katastrophe benötigten laut UNOCHA 1,7 Millionen Menschen in Mosambik dringend humanitäre Hilfe, darunter laut UNICEF 1 Million Kinder. Laut UNOCHA sind ca. 730.000 Menschen von der Flutkatastrophe akut betroffen, ihre Gesundheitslage und Ernährungssicherheit drastisch verschlechtert. Besonders betroffen sind Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Die mit diesem Ministerratsvortrag zur Verfügung zu stellenden Mittel für Projekte der österreichischen Nichtregierungsorganisationen in Mosambik sollen zur Linderung der Folgen der Überschwemmungen verwendet werden. Mosambik ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

## 7. Uganda

In Uganda lebt ein Fünftel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und von weniger als EUR 1,80 am Tag. Das Land leidet in vielen Bereichen an unzureichendem Zugang zu Grundnahrungsmitteln und drastisch angestiegenen Grundnahrungsmittelpreisen. Laut UNHCR benötigen rund 2,2 Millionen Menschen, der offiziell ca. 47 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, humanitäre Hilfe. Regelmäßige Natur- und Umweltkatastrophen verschlimmerten die humanitäre Not vieler Menschen. Uganda leistet gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zum internationalen Flüchtlingschutz und beherbergt derzeit ca. 2 Millionen Flüchtlinge, die höchste Anzahl von UNHCR registrierten Flüchtlingen in ganz Afrika, vor allem aus dem Südsudan, Sudan und der Demokratischen Republik Kongo. Flüchtlinge sind mit Nahrungsunsicherheit, Unterernährung und mangelndem Zugang zu Gesundheitsversorgung konfrontiert. Uganda ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition die Anstrengungen österreichischer Nichtregierungsorganisationen bei humanitären Krisen und leistet damit einen wichtigen Beitrag für Hilfe vor Ort.

Zur Bekämpfung der humanitären Krisen im Nahen Osten (Libanon, Syrien und Jordanien), in Afghanistan und Nachbarländern und in Afrika (Äthiopien, Mosambik und Uganda), ist ein österreichischer Betrag von EUR 7 Millionen aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der

humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle beschließen, zur Bekämpfung der humanitären Krisen im Nahen Osten (Libanon, Syrien und Jordanien), in Afghanistan und Nachbarländern und in Afrika (Äthiopien, Mosambik und Uganda) insgesamt EUR 7 Millionen aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland an österreichische Nicht-regierungsorganisationen wie folgt zur Verfügung zu stellen:

1. EUR 1,5 Mio. für den Libanon
2. EUR 1,5 Mio. für Syrien
3. EUR 0,5 Mio. für Jordanien
4. EUR 1 Mio. für Afghanistan und Nachbarländer
5. EUR 1,5 Mio. für Äthiopien
6. EUR 0,5 Mio. für Mosambik
7. EUR 0,5 Mio. für Uganda

24. März 2026

Dr. Christian Stocker  
Bundeskanzler

Andreas Babler, MSc  
Vizekanzler

Mag.<sup>a</sup> Beate Meinl-Reisinger, MES  
Bundesministerin